

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932 1919

141 (21.6.1919)

Volksfreund

Tageszeitung für das werktätige Volk Mittelbadens.

Legungspreis: Abgeholt in der Geschäftsstelle, in Abloren oder am Postkasten monatl. 1.80 M., vierteljährl. 5.00 M., zugestellt durch unsere Träger monatl. 1.40 M., vierteljährl. 4.20 M.; durch die Post 1.44 M. bezw. 4.32 M. vorauszahlbar.

Ausgabe: Werktag mittags; Geschäftszeit: 1/2-1/2 und 2-1/2 Uhr abends. Fernspr.: Geschäftsstelle Nr. 128, Redaktion Nr. 481

Anzeigen: Die 7spalt. Anzeigenzeile od. deren Raum 25 A., zuzügl. 30 % Zustellungsgebühr. Bei Wiederholungen Rabatt. Annahmefrist 1/29 vorm., für größt. Aufträge nachm. zuvor. Druck u. Verlag: Buchdruckerei Sed & Cie., Karlsruhe.

Zum Rücktritt.

Karlsruhe, 21. Juni.

Das erste Kabinett der deutschen Republik ist zurückgetreten. Die politische Tätigkeit und Leistung der Regierung Scheidemann erscheint vorläufig unter ganz falschen Beleuchtungsverhältnissen. Sie trat ins Leben, um das deutsche Reich des verfallenen Kaiserstaates in eine moderne Verfassung zu überführen. Das war ihre erste Aufgabe und die hat sie auch getan. Will man nach herkömmlicher Weise bei der Genöghtheit der summarischen Ueberschau anlässlich eines scheidenden Ministeriums bleiben, so darf man dieses Faktum mit dankbarer Bestimmtheit verzeichnen: Deutschland ist ein modern regierter Staat geworden unter dem Kabinett und durch das Kabinett Scheidemann.

Dieser Gesichtswinkel der Betrachtung wird heute durch die Tatsache verschoben, daß die auswärtige Politik die ganze Zeitgeschichte bestimmt. Es ist beinahe alles nebensächlich, was im Innern der Einzelstaaten geschieht, nebensächlich im Vergleich zu der Bedeutung der auswärtigen Politik. Und da nun die Regierung Scheidemann über diese gefallen ist, so tritt ihre Arbeit für die Schaffung und Konsolidierung der inneren Verfassung fürs erste als eine beinahe vergessbare Belanglosigkeit zurück.

Scheidemann gehört zu der Minderheit der sozialistischen Führer, die dem Vertrag von Versailles die Unterschrift verweigern zu müssen glauben. Es ist durchaus die Möglichkeit vorhanden, daß er selbst das Schriftwerk lieber unterzeichnet hätte. Er hat sich aber in Ausdrücken von solcher Behemung für das „Unannehmbar“ eingeleitet und das so oft, daß er jetzt seinem Wort nicht mehr untreu werden kann. Freilich, es war nicht die Unbedachtlichkeit des Wortes, nicht eine Entschleunigung des sprachlichen Ausdrucks, was ihm die Erklärung Unannehmbar nahelegte. Mit dieser Bezeichnung setzte er seine Autorität für die Abänderung des Verfallener Vertrages ein. Er hat sicher sehr wohl gewußt, daß er damit ohne Abstellung sein es Glimpflichcharakter modifiziert wurde, füßt Scheidemann die Verpflichtung seinem Wort gegenüber und tritt zurück.

Die Wahrscheinlichkeit wird damit größer, fast bis zur Gewißheit sicher, daß der Vertrag unterzeichnet wird. Das Zentrum hat zuguterletzt noch ein paar Abänderungsforderungen angebracht. Es wird protestiert gegen das Verlangen des Schuldbesenntnisses und gegen die Auslieferung der 123, welche die Entente in den Anklagezustand versetzt hat, und es wird die Erklärung hinzugefügt, daß die wirtschaftlichen Ansprüche der Entente unerfüllbar sind. Die beiden ersten Gesichtspunkte sind belanglos. Es ist, weiß Gott, deutlich genug bekundet, daß wir uns nur durch den Zwang einer durchführbaren Notlage zur Unterschrift des Vertrages verstehen. Da braucht man es für diese beiden Momente nicht extra zu tun. Daß die wirtschaftlichen Bedingungen unerfüllbar sind, müssen die Sachverständigen der Entente so gut wie wir und in ihren Zeitungen magt sich bereits eine Stimme nach der anderen mit der gleichen Behauptung hervor. Da muß man etwas Vertrauen zur Zukunft haben. Das Leben findet sich juredt trotz Clemenceau und seinen Mitwirkern. Die Zukunft kann diesen nicht befehlen, weil die Völker eben nicht auf bloßes Abwürgen eines konfirrierenden Gegners angewiesen sind, sondern auf gemeinsame Arbeit. Alles, was wirklich unerfüllbar ist, oder was von uns so einmüßig und unwillig wird, verliert für die Zukunft von selbst seine Bedeutung. Den Gegnern aber legt offenbar mehr an der Anerkennung ihres Vertrages als an der späteren genauen Einhaltung. So sei es denn. Soll indessen doch ein Protest eingelegt werden, so gehe er nicht drei Punkten, sondern dem ganzen Vertrag. Das heißt: unterzeichnen wir in Gottes Namen, aber tun wir es mit der ausdrücklichen Erklärung: der äußerster Not gehorcht beugen wir, wehrlos und ermattet, uns dem Siegerdiktat. Es ist das ohnehin bloß eine formale Angelegenheit, denn so minderwertig ist kein Denken, daß es nicht den erpresserischen Charakter des Schriftstückes von Versailles erkenne.

Der Rücktritt des Kabinetts.

Weimar, 20. Juni. Wie wir aus parlamentarischen Kreisen hören, erfolgte der Rücktritt des Kabinetts in der Sitzung des interfraktionellen Ausschusses, der zusammen mit dem Kabinett bis in die Morgenstunden hinein tagte. Trotz aller Bemühungen war es nicht möglich, die Reichsparteien auf eine für alle annehmbare Basis zu einigen. Unmittelbar nach der Sitzung fanden unverbündliche Besprechungen über die Neubildung des Kabinetts statt. Wie verlautet, wurde in diesen Besprechungen, an denen der Reichspräsident Ebert teilnahm, die Lage dahin geklärt, daß mit der Unterzeichnung des Friedensvertrages zu rechnen ist.

Im Anschluß an die unverbündlichen Besprechungen, die schon in der Nacht zwischen den Parteiführern gepflogen wurden, erfahren wir von parlamentarischer Seite, daß der Reichspräsident Ebert mit dem Kabinett Scheidemann ein Kabinett zustandzubringen. Es wird dabei gesprochen, daß der Reichspräsident Ebert im Amt bleiben wird. Von anderer Seite wird der bisherige Reichspräsident David als Kandidat für den Posten des Ministerpräsidenten genannt. In parlamentarischen Kreisen wird erzählt, über die Neubildung des Kabinetts ließ sich am Ende noch nichts Bestimmtes

sagen. Als neuer Ministerpräsident werde der Reichspräsident Hermann Müller mit dem Grafen Bernstorff als Minister des Äußeren genannt. Es wird damit geredet, daß Roste, Wissell, David und Erzberger in das neu zu bildende Kabinett eintreten werden. Für fest steht bereits der Rücktritt Scheidemanns, der Minister Graf Broddorf, Langhau, Giesberts und Landsberg. Bestimmt wird damit geredet, daß der Rücktritt des Kabinetts die Annahme der Friedensbedingungen zur Folge haben wird.

Die Schwierigkeiten der Kabinettsbildung.

Berlin, 20. Juni. Ueber die Schwierigkeiten in der Kabinettsbildung heißt es im „Vorwärts“: David, der vom Reichspräsidenten ernannt worden war, eine Kabinettsbildung vorzunehmen, hat eine solche bis jetzt nicht zu Stande gebracht. Die Parteiverhältnisse sind noch so unübersichtlich und die Mehrheiten von Stunde zu Stunde so wechselnd, daß die Lage sich nur sehr langsam ändert. Die Schwierigkeiten liegen darin, daß die Reichsparteien in sich gespalten sind, wie denn auch in der Nacht zum Freitag das Kabinett nicht nach Partei, sondern nach persönlichen Meinungen auseinandergefallen ist. In der Hauptsache kann man drei Gruppen unterscheiden, deren erste für die Ablehnung, deren zweite für die Annahme und deren dritte für eine motivierte Annahme unter gewissen Bedingungen ist. Aber auch innerhalb dieser Gruppen gibt es wieder Schattierungen, wodurch die Lage noch verwickelter wird. Ein positiver Ausweg aus den Schwierigkeiten ist zur Stunde noch nicht zu erblicken. Auch eine rein sozialdemokratische Regierung würde keine Mehrheit finden.

Kabinetts Hermann Müller?

Berlin, 20. Juni. Nach der B. Z. werden in parlamentarischen Kreisen drei Kandidaten für die Nachfolgerschaft Scheidemanns genannt: der bisherige Reichswehrminister Roste, Reichsminister David, und der Vorsitzende der sozialdemokratischen Partei Hermann Müller. Von diesen drei Kandidaten dürfte Hermann Müller wohl die größte Aussicht haben, mit der Leitung der neuen Regierung betraut zu werden.

In das neue Kabinett werden wohl jene Minister übernommen werden, die sich für die Unterzeichnung des Friedensvertrages ausgesprochen haben. Sicher ist, daß außer Scheidemann aus dem Kabinett auscheiden: Graf Langhau, Landsberg, Dernburg und Gothein. Von Giesberts wird das nicht als sicher angenommen. Es werden also im ganzen 5 bis 6 Portefeuilles neu zu belegen sein.

Weimar, 20. Juni. Seit dem heute Nacht erfolgten Rücktritt des Kabinetts Scheidemann ist im Auftrag des Reichspräsidenten Eberts Hermann Müller mit der Bildung eines neuen Kabinetts beschäftigt.

Weimar, 21. Juni. Auch am gestrigen Nachmittag sind die Fraktionen zu Sitzungen zusammengetreten, und wie wir aus parlamentarischen Kreisen hören, besteht nach dem jetzigen Stande der Verhandlungen Aussicht auf Erhaltung des Reichstages. Im Schloß finden in Gegenwart des Reichspräsidenten Eberts Verhandlungen statt, die die Neubildung des Kabinetts zum Gegenstand haben. Die für heute Nachmittag angekündigte Sitzung des Friedensausschusses ist vorläufig bis auf weiteres verschoben worden. Gleichfalls ist über den Zusammentritt der Volksversammlung noch nicht beschlossen.

Neue Vorschläge.

Berlin, 20. Juni. Im späten Nachmittag tagte gestern im Weimarer Schloß der interfraktionelle Ausschuss und beschäftigte sich laut „Böf. Ztg.“ mit dem Vorschlag der Demokraten, Deutschland solle die Unterzeichnung von sechs Voraussetzungen abhängig machen:

1. Danzig, Westpreußen und der Reichsdistrikt werden dem Völkerverbunde unterstellt.
2. Eine allgemeine Revision des Friedensvertrages soll nach zwei Jahren erfolgen.
3. Falls die Feststellung des Höchstbetrages unserer Entschädigungsumme innerhalb der vorgesehenen Frist von vier Monaten nicht erfolgt, soll eine dritte unparteiische Stelle die Höhe dieser Entschädigung festsetzen.
4. Vom 1. Januar 1920 ab ist Deutschland Mitglied des Völkerverbundes.
5. Das deutsche Schuldbesenntnis am Kriege ist abzulehnen, ebenso wie
6. die Auslieferung von Reichsangehörigen.

Außerdem soll bei der Unterzeichnung erklärt werden, daß das ohne Zwang geschehe. In einer an die Entente abzugebenden Note soll zum Ausdruck kommen, daß ohne diese Voraussetzungen eine parlamentarische Mehrheit für die Unterzeichnung des Friedensvertrages nicht zu haben sei.

Berlin, 20. Juni. Wie dem „Berl. Tagebl.“ aus Weimar mitgeteilt wird, wäre das Zentrum damit einverstanden gewesen, daß die von den Demokraten formulierten Wünsche in eine Note aufgenommen würden, die am Abend nach Versailles gehen sollte. — Der „Berl. Lokalanz.“ meldet zu derselben Sache, im letzten Augenblick hätten die Sozialdemokraten ihre Zustimmung zu dem demokratischen Antrag zurückgenommen und sich auf den Standpunkt gestellt, daß bedingungslos unterzeichnet werden müsse.

Für Unterzeichnung.

Berlin, 19. Juni. (Wolff.) Der „Vorwärts“ schreibt: Heute vormittag hielt die sozialdemokratische Fraktion der preussischen Landesversammlung eine Fraktions-sitzung ab, in der die Frage der Friedensunterzeichnung besprochen wurde. Obwohl formelle Beschlüsse nicht gefaßt wurden, ließ sich die Stimmung doch dahin feststellen, daß der überwiegende Teil der Fraktion der Ansicht war, daß die Unterzeichnung sich schließlich nicht würde umgehen lassen. Das größte Bedenken gegen die

Unterzeichnung erweckte auch bei deren Anhängern das Schicksal der Ostprovinzen. Allgemein war man der Ansicht, daß vor der Unterzeichnung noch ein äußerster Versuch gemacht werden müsse, wenigstens für Westpreußen eine Volksabstimmung wie für Oberschlesien zu retten.

Die badische Arbeiterschaft für Unterzeichnung.

Wir erhalten folgende Mitteilung: Die bad. Arbeiterschaft ist mit weiten Kreisen des badischen Volkes der Auffassung, daß aus zwingenden außer- und innerpolitischen Gründen eine Unterzeichnung des Friedensvertrages nunmehr notwendig geworden ist. In diesem Sinne haben sich die sog. Mehrheitspartei, die sog. Landtagsfraktion, die Land-Arbeiter-Bauern und Volksräte Badens telegraphisch an die sog. Fraktion der deutschen Nationalversammlung in Weimar gewendet.

Auch die amtl. Karlsruher Zeitung gibt der Meinung Ausdruck, daß die Mehrheit der badischen Bevölkerung für die Unterzeichnung des Friedensvertrages ist.

Widersprüche in der Urkunde.

Paris, 20. Juni. Heute Vormittag ist in Versailles eine an Clemenceau gerichtete Note des Vorsitzenden der deutschen Friedensdelegation, Reichsminister Grafen Broddorf-Langhau, überreicht worden, worin auf zahlreiche Widersprüche der am 16. ds. Mts. der deutschen Friedensdelegation übergebenen Urkunde hingewiesen und um sofortige schriftliche Aufklärung über die strittigen Punkte gebeten wird.

Eine Kundgebung der Schuldigen.

Weimar, 21. Juni. Die Fraktionen der deutschen nationalen Volkspartei und der deutschen Volkspartei haben folgende Erklärung erlassen: In der Stunde der höchsten nationalen Gefahr haben die außerhalb der Regierung stehenden bürgerlichen Fraktionen der deutsch-nationalen und der deutschen Volkspartei beschlossen, nachstehendes gemeinsam zu bekunden: Alle Folgen der Ablehnung des jetzt vorliegenden Friedensvertrages haben wir uns mit voller Verantwortlichkeit klar gemacht. Wir sind der einmütigen Überzeugung, daß sie trotz ihrer Schwere, unvermeidlich geringer einzuschätzen sind, als die dauernde Verflabung Deutschlands, der wir sonst anheimfallen. Die Annahme dieser Friedensvorschläge bedeutet eine nationale Gefahr. Wir verlieren dadurch noch unsere letzten Freunde in der Welt. Einem gerüsteten Deutschland droht der wirtschaftliche, finanzielle, politische und moralische Tod. Wir stehen vor der Wahl, die ungeheure Lüge von Deutschlands Schuld durch unsere Unterschrift zu bekräftigen, oder Deutschlands Ehre zu wahren, die besonders durch die Forderungen in den Staub gezogen wird, den deutschen Kaiser und andere europäische Manner vor ein nicht europäisches Gericht zu stellen, um unserer toten Brüder und Zukunft unserer Jugend willen, sind wir entschlossen, unser letztes Gut bis zum Neutreten zu wahren, Deutschlands reinen Namen vor der Welt. Darum lehnen wir diesen Friedensentwurf ab. Die Fraktion der deutsch-nationalen Volkspartei: von Polodowsky, die Fraktion der deutschen Volkspartei: Dr. Heinz.

Ministerkrisis in Italien.

Rom, 19. Juni. In der Kammer sind mehr als 300 Mitglieder anwesend. Die Sozialisten widersprechen sich einer geheimen Beratung. Mitti wünscht eine eingehende Besprechung der Lage, verweigert aber die geheime Beratung. Die Regierung stellt die Vertrauensfrage für diesen Vorschlag, der mit 279 gegen 78 Stimmen verworfen wurde.

Rom, 19. Juni. Als die Ablehnung der Vertrauensfrage bekannt wurde, hat das Kabinett gestern seine Demission eingereicht.

Ein Angriff der Polen.

Berlin, 21. Juni. In der Nacht vom 18. zum 19. Juni griffen starke polnische Kräfte, etwa 600 Mann, mit Panzerkraftwagen die in vorderster Linie stehende zweite Kompanie des aus Eisenbahnern bestehenden Bataillons Bromberg bei Neupolde an. Der Angriff wurde durch die wachsamten Verteidiger unter großen Verlusten der Polen an Toten und Verwundeten reflex abgewehrt. Beute und Gefangene fielen in unsere Hand. Die Verluste der tapferen Eisenbahner, die die Stadt Bromberg zum zweiten Male vor dem polnischen Angriff bewahrt haben, betragen drei Tote und sechs Verwundete.

Zur Auflösung der württembergischen A. und S-Mitg.

Berlin, 21. Juni. Der Zentralrat der deutschen sozialistischen Republik teilt mit: Auf Beschluß der württembergischen Landesversammlung, nach dem die württembergischen A. und S-Mitg. nur noch bis 15. Juli die gesetzliche Grundlage haben sollen, hat der Zentralrat an die württembergische Regierung ein Schreiben gerichtet, in dem er gegen den Beschluß Stellung nimmt und vor seiner Ausführung warnet. Der Zentralrat hat der württembergischen Regierung mitgeteilt, daß nach seiner Auffassung eine Auflösung der A. und S-Mitg. in ihrer jetzigen Form jetzt unmöglich ist, bevor nicht die politische und wirtschaftliche Entwicklung in Bahnen gelenkt ist, die den gerechten Forderungen der Arbeiterschaft entsprechen. Da die große politische Bedeutung der Angelegenheit unverkennbar ist, hat der Zentralrat der württembergischen Regierung vorgeschlagen, in mündliche Verhandlungen über die Sache einzutreten.

Der neue Vertrag.

Paris, 18. Juni.

Für Oberschlesien soll eine Volksabstimmung in einer später festzusetzenden Zeit erfolgen. Bis dahin wird das Land von alliierten Truppen besetzt werden. Falls die Abstimmung zu Ungunsten Deutschlands ausfällt, sollen gewisse Garantien für den Bezug der ober-schlesischen Kohle geschaffen werden. In Schleswig wird auf Antrag von Dänemark die dritte südliche Abstimmungszone fallen gelassen. In der Kolonialfrage wird jedes Entgegenkommen kategorisch abgelehnt.

In Bezug auf den Außenhandel und die Schifffahrt sind keinerlei Konzessionen gemacht. Das Gleiche gilt für die Grundlagen unserer Seehandelsverträge. Nur wird in dem Memorandum zugesagt, daß Deutschland innerhalb 4 Monaten nach Friedensschluß das Recht haben soll, seine Vorschläge zu machen; aber die alliierten Mächte können diese annehmen, ablehnen oder ändern.

Unser ganzes Heeresgerät und Flottenmaterial und unsere ganze Handelsflotte wird nicht angetastet. Deutschland wird auch für den Fall seiner Aufnahme in den Völkerbund die allgemeine Gleichberechtigung nicht aufgeben.

In den Rechtsfragen sind Zugeständnisse gemacht, die zum Teil der Bedeutung nicht entbehren. Die Liquidation des deutschen Privateigentums im feindlichen Ausland soll nur soweit Platz greifen, als sich dieses Eigentum bei Friedensschluß bereits im feindlichen Ausland befindet.

In den Verkehrsfragen beschränken sich die Zugeständnisse darauf, daß Deutschland in der Oberkommission hat eines Verrichters deren 8 erhalten soll, daß es sich an den Beratungen der Kommission für die Ausarbeitung einer neuen Donauschiffahrtakte beteiligen darf, jedoch ohne Stimmrecht. Bei dem Bau des Rhein-Donau-Schiffahrtsweges soll uns ferner nicht mehr einseitig vorgezeichnet werden, was wir bauen wollen. Auch ist die früher vorgesehene Möglichkeit, den Rieker Kanal einer internationalen Kommission zu unterstellen, fallen gelassen worden. Wesentlich ist die Verpflichtung Deutschlands zum Bau neuer Eisenbahnen erheblich eingeschränkt worden.

Die sofortige Freilassung der deutschen Kriegsgefangenen war schon zugesagt, aber unser Verlangen, auch die wegen gewisser Straftaten in Haft befindlichen Gefangenen frei zu lassen, wird abgelehnt.

In den militärischen Fragen wird das Zugeständnis gemacht, daß wir zunächst 3 Monate lang 200 000 Mann behalten dürfen. Dann solle eine internationalisierte Kommission zusammentreten und prüfen, was wir für die nächsten 8 Monate nötig haben und das soll bis zum Endpunkt vom 31. März 1920 festgelegt werden. In diesem Termin muß die Mindestgrenze von 100 000 Mann spätestens erreicht sein. Festgehalten wird daran, daß wir uns die innere Organisation und Bewaffnung unseres Heeresvorschriften beschreiben lassen müssen. Es soll damit der Ausgang der allgemeinen Abrüstung gemacht werden; aber irgend eine Einbindung dafür, auch eine Frist für die Abschaffung der allgemeinen Dienstpflicht in den übrigen Ländern ist nicht zugesagt worden.

In Bezug auf die Aburteilung des früheren deutschen Kaisers und die Auslieferung der deutschen politischen und militärischen Führer wird lediglich das Zugeständnis gemacht, daß uns die Bitte der Personen, die der gegnerischen Gerichtsbarkeit ausgeliefert werden sollen, innerhalb eines Monats mitgeteilt werden wird.

In Bezug auf die Wiedergutmachung mühten die Mächte erklären, daß sie in eine grundsätzliche Diskussion über die Basis derselben nicht eintreten könnten. Immerhin fände der Unterzeichnete des Friedensvertrages Vorschläge für die Wiedergutmachungen unterbreite, die die Alliierten lokal prüfen würden. Deutschland könnte auch zu den Wiederherstellungsarbeiten Arbeiter, Material und Gelder anbieten. Deutschland besitze die Freiheit, alle Anregungen oder Angebote von praktischen und momentlichem Charakter zu machen, die darauf abzielen würden, die Schädigung der Schäden zu vereinfachen und das Gebiet der Einzelunternehmungen zu beschränken, vor Ausführung der Arbeiten einen Antriebs zu geben, und die definitive Festlegung der Schulden Deutschlands zu beschleunigen. Es sei aber unmöglich, sich darauf festzusetzen, daß diese Vorschläge angenommen würden. Weiter heißt es, daß die Mächte an der Wiederherstellung des industriellen Lebens in Deutschland ebenfalls interessiert seien. Sie seien auch bereit, Deutschland kommerzielle Erleichterungen nicht zu verweigern, die Deutschland ein Wiederaufleben möglich machen würden. Auch in dieser Frage mühten die Mächte ihre eigene wirtschaftliche Lage im Betracht ziehen. Und der, welche sich für die Welt aus den deutschen Angriffen ergeben habe. Die Mächte erklären nochmals sich bereit, im gemeinsamen Interesse Deutschlands zu diesem Zweck Erleichterungen zu verschaffen. Inzwischen muß der Friedensvertragsentwurf als endgültiger angenommen und unterzeichnet werden. Die alliierten und assoziierten Mächte konnten einem längeren Aufschub nicht zustimmen.

Das Urteil der Sachverständigen.

W.B. Weimar, 20. Juni. Die Sachverständigen der Regierung sind gegen die Annahme des Friedensvertrages. Die von der Reichsregierung ernannten Sachverständigen haben am Mittwoch, den 18. Juni in ihrer Vorbesprechung über die wirtschaftlichen Folgen des Friedensvertrages und die Frage seiner Unterzeichnung einstimmig folgenden Beschluß gefaßt:

Das durch den Krieg finanziell und in seiner Bevölkerungsanzahl sowie durch die Hungerblende in der Arbeitsfähigkeit geschädigte Deutschland soll nach der Antwort der Entente ungezügelt Milliarden zahlen. Das könnte es zur Not nur dann, wenn es sich wirtschaftlich rufen, also produzieren und exportieren könnte. Darin ist es aber durch die von der Entente aufrechterhaltenen Bestimmungen gehindert. Deutschland soll nur hinsichtlich der Behandlung der Waren, sondern auch der Staatsangehörigen gewährt. Diese Restbegünstigung wird ihm selbst von den Ententestaaten auf mindestens 5 Jahre versagt. Deutschland soll seinen Zolltarif in wichtigen Punkten auf die dem Friedensschluß folgende nächste Zeit binden, steht aber dem Ausland gegenüber völlig freien Zolltarifen gegenüber. Die verlässlichen Grundlagen für seine Rechte und den internationalen wirtschaftlichen Verkehr seien für Deutschland so gut wie ganz, Rechte hat nur die Entente gegenüber Deutschland. Bei dieser Sachlage ist die Aufnahme von Handelsbeziehungen gegenüber den Ententestaaten und der Export dort hin ausgeschlossen, denn irgend eine auf fester Grundlage aufgebauete Korporation ist kaum möglich, so daß bei Deutschland seine bisherigen Märkte den Fremden überlassen werden, denn alle anderen Staaten werden die Deutschen aus dem Felde schlagen können.

Hierdurch wird die deutsche Produktion und die Valuta dauernd niedergehalten. Dies wird verschlimmert durch die gleichfalls aufrechterhaltene Liquidation des deutschen Eigentums im Ausland und die Auslieferung der deutschen Handelsflotte, wodurch zwei Faktoren, die vor dem Kriege die deutsche Zahlungsbilanz trotz passiver Handelsbilanz aktiv machten, weggefallen sind. Deutschland würde also selbst bei territorialer Unberührtheit nur schwer produktiv arbeiten können. Durch die gleichfalls auch nach der Antwort der Entente wieder geforderten territorialen Abzerrungen wird die deutsche Erzeugung von Kohlen, Erzen und landwirtschaftlichen Produkten über alle Maßen beschränkt. Außer den früher schon in großen Mengen aus dem Ausland bezogenen Rohstoffen müßte

Deutschland auch die auf diese Weise verloren gegangenen Erzeugnisse importieren. Da ihm aber der Außenhandel genommen ist, ist es außerstande, diese Erzeugnisse zu beschaffen. Es ergibt sich also die wirtschaftliche Unmöglichkeit die neuen Ententebedingungen zu erfüllen. Einen nicht erfüllbaren Vertrag zu unterzeichnen, bedeutet die Achtung vor der Vertragsreue und vor sich selbst.

Wilson und sein Völkerbund.

W.B. Amsterdam, 19. Juni. Dem Pariser Korrespondenten des „Allgemeinen Handelsblatt“ wurde aus den Kreisen der Völkerbundskommission der amerikanischen Abordnung mitgeteilt, es sei, wenn der Völkerbund und der Friedensvertrag gerettet werden sollen, absolut notwendig, daß Präsident Wilson eine Propagandareise durch das Land unternähme, da er allein im Stande sein werde, mit der Opposition, deren Festigkeit täglich zunimmt, fertig zu werden. In Paris glaubt man, daß es dem Präsidenten gelingen werde, die öffentliche Meinung zu gewinnen und den Senat zum Nachgeben zu bringen. Der Plan des Präsidenten Wilson, eine Propagandareise zu unternehmen, habe an und für sich keinen Ankern in Amerika neuen Mut eingespielt. Sie erklären, daß sie entschlossen sind, den Kampf bis zum äußersten zu führen, um die Annahme des Vertrages mit Einschließung des Völkerbundes durchzusetzen.

Wilson in Brüssel.

W.B. Amsterdam, 19. Juni. Agence Havas. Neuter meldet aus Brüssel, daß Wilson in einer Rede in der Kammer erklärte, um der Würdigung für das tapfere belgische Volk Ausdruck zu geben, werden die Vertreter der Vereinigten Staaten in Belgien zur Waischaft erhoben werden. Amerika werde seine Pflicht bezüglich der Wünsche Belgiens erfüllen, welches bei der Versorgung mit Rohstoffen und Maschinen als erstes Land berücksichtigt werden würde. Zum Völkerbund erklärte Wilson, er sei ein Bund des Rechtes. Am Nachmittag fand im Rathaus zu Ehren Wilsons ein feierlicher Empfang statt.

Soldatenstreik in England.

W.B. Amsterdam, 19. Juni. Den englischen Wäthern vom 17. Juni zufolge sind im Lager von Belmont (Surrey) in letzter Woche 3000 Soldaten, die zum Kriegsdienst im Ausland wieder eingezogen waren, in den Streik getreten. Sie weigern sich, in das Ausland zu gehen und verlangen ihre sofortige Entlassung. Sie haben Delegierte gewählt, die das Lager verwalten. Die Bewegung vollzieht sich in Ruhe und Ordnung.

Die Schweiz sagt vor.

W.B. Bern, 19. Juni. Am 23. Juni abends läuft die Frist ab, innerhalb deren Deutschland die Annahme oder die Ablehnung der Bedingungen zu erklären hat. Wie auch die Entscheidung fallen möge, so besteht in dieser Zeit die Möglichkeit von Unruhen in Deutschland und daß diese nach der Schweiz übergründen können. Der Bundesrat hat deshalb zum Schutze der Nordgrenze auf den 23. Juni Truppen aufgebotsen. Der Bundesrat hofft, daß das Angebot nur von kurzer Dauer sein werde und die Truppen bald wieder entlassen werden können.

Holländischer Kredit für Lebensmittel.

W.B. Amsterdam, 19. Juni. „Allgemeines Handelsblatt“ meldet, daß ein Konzern niederländischer Banken eine Ermächtigung getroffen hat, um Deutschland zwecks Finanzierung der nach Deutschland gehenden niederländischen Lebensmittelieferungen einen Kredit von 20 Millionen zu gewähren.

Die Unruhen in Volosna.

W.B. Amsterdam, 20. Juni. Die englischen Wäthern vom 18. Juni veröffentlichten eine Meldung der Exchange Telegraph-Comp aus Rom, wonach die Unruhen in Volosna am 18. Juni weit ernstlicher waren, als zuerst berichtet wurde. Die Menge, die hauptsächlich aus Arbeitern bestand, sich alle Klagen nieder, die sie entgegenbrachten und griff die Polizei an. Auf allen öffentlichen Plätzen wurden Versammlungen abgehalten, bei denen sich alle Arbeiter für den Ausbruch aussprachen, um eine Unterdrückung der Sowjetregierung durch die Alliierten zu verhindern. Militärverbände in die Arbeiterkammern einzudringen, die durch Barrikaden abgesperrt waren. Es wurden Schüsse gesehrt, wobei zwei Studenten den Tod fanden. Die Truppen lagen in den Straßen.

Volksabstimmung.

W.B. Berlin, 19. Juni. Gleichzeitig mit der Erklärung des Zentralrates veröffentlicht der „Vorwärts“ einen Artikel von Erwin Barth, in dem mit Wärme die Volksabstimmung empfohlen wird, weil zu glauben sei, daß für diese Lösung im deutschen Volke wie in den Kreisen der politischen Führer eine überwältigende Mehrheit eine große Entschlossenheit erreicht werden könne.

In der „Deutschen Allg. Ztg.“ wird gleichfalls an die Stimme des Volkes appelliert und gesagt: Hat schon jemand danach gefragt, wo die Entente in ihrem Entschlusse die sofortige Zufuhr von Lebensmitteln zu erlöschenden Kreisen zugestehen hat für den Fall, daß wir unterzeichnen? Das steht nirgends. Wohl liegen, heißt es weiter, an unserer Grenze Vorräte bereit für Einfuhr, wo steht gefordert, daß unsere Gefangenen sofort nach Unterzeichnung die Heimreise offen stellen wird? Es steht nirgends, und fände es irgendwo, so würden die Klauseln von der Zurückhaltung der Bestrafen Handhabung genug sein, eine große Zahl auf unabsehbare Zeit der Freiheit zu berauben. Findet die Regierung die Entschlossenheit fest zu bleiben in dieser Stunde, bei der Volkvertretung keine Stütze, so appelliere sie an das Volk. Die Stimme des Volkes würde schon zum Ausdruck bringen, daß wir trotz allem stark genug sind, im Interesse unserer Zukunft die einzig mögliche Antwort zu geben.

Näherung Ostlands und Litauens.

W.B. Berlin, 20. Juni. (Antlisch.) General Rubant, der Vorsitzende der internationalen Waffenstillstandskommission richtete am 16. Juni folgende Note an den Vorsitzenden der deutschen Waffenstillstandskommission in Spa: Der Marschall Höchstkommandierende der alliierten Armeen telegraphiert wie folgt am 18. Juni: Wollen Sie nachdrücklich Mitteilung bringen zur Kenntnis der deutschen Waffenstillstandskommission bringen: Die alliierten und assoziierten Regierungen eruchen die deutsche Regierung in kürzester Frist die nötigen Anordnungen zu treffen, um 1. jeden neuen Vormarsch deutscher Truppen nach Norden in Richtung auf Ostland zu verhindern, 2. die sofortige Näherung Ostlands und Litauens und die möglichste schnelle Näherung aller Gebiete, die vor dem Kriege Teile des russischen Reiches waren gemäß den Bestimmungen des Artikels 12 des Waffenstillstandes herbeizuführen.

Mein Name ist Hase.

Die edlen Unabhängigen haben natürlich nichts davon gewußt, daß Breitfeld und Emil Barth mit dem Ebnshof verhandelt haben. Hase hat ja auch nicht gewußt, daß Cohn und Barth von Josie Geld für den Waffenkauf 1918 bekommen. Nachher haben die Unabhängigen sich dieser Geldent

gerührt. Lebehour mußte natürlich auch nichts davon, daß Cohnhofs Waffens ausbeute und Brücken zu ihm hin befähigt; er war ja auch nur im selben Zimmer. Bei allen Punkten dasselbe Bild: Die Unabhängigen sagen, mein Name ist Hase, ich weiß von nichts. Wenn aber anderen eine Bewegung klärt, dann sind sie die Träger der Revolution. Heiden? Geuhler?

Ein Nachtragkredit von 6 Milliarden.

W.B. Berlin, 20. Juni. Der Nationalversammlung ist heute der Nachtragsetat zugestellt worden, der eine Verlängerung des Notetats bis Ende Dezember vorsieht. Gleichzeitig wird ein dritter Nachtragkredit von 6 Milliarden angefordert.

Vergaberstreik.

W.B. Walsenburg, 20. Juni. Die Verleiher des Walsenburg-Industriebezirks sind gestern wegen Lohnforderungen in den Generalstreik getreten.

Eine Eisenbahnerbewegung in Mitteldeutschland.

Erfurt, 18. Juni. Das Eisenbahndirektionsgebäude in Erfurt war durch Truppen des Landesjägers unter General Märker auf Befehl der Reichsregierung besetzt worden, weil Beamte und Arbeiter der Eisenbahndirektion Erfurt eine willkürliche Demokratisierung durchführten, sowie den Eisenbahnpräsidenten und verschiedene Beamten absetzten. Die Truppen waren beauftragt, die Eisenbahnbeamten wieder einzuliegen. Heute fanden Verhandlungen mit den Beamten und Arbeiterverbänden statt, in deren Verlauf die Abschaffung des neuereingeleiteten und die Wiedereinführung des alten Eisenbahnpräsidenten ausgeprochen wurde. Man beschloß, eine Kommission nach Weimar zu schicken, um mit der Regierung in Verhandlungen zu treten. General Märker stellte in Aussicht, daß er ebenfalls bei der Regierung vorstellig werden würde und forderte die Veramtung auf, das Ergebnis seiner Unterhandlungen mit der Regierung abzuwarten. In einer Besprechung mit dem Arbeiterrat in Erfurt wurde diesem mitgeteilt, daß das Landesjägerskorps lediglich in Sachen der Eisenbahn besetzt worden sei und nicht gegen die übrige Arbeiterbewegung unternommen würde, falls von hier Ruhe gehalten werde. Ferner wurde auf die großen Schäden eines Generalstreiks hingewiesen. Die Arbeiterführer versprochen, bestmöglich auf die Arbeiter einzuwirken. Im Laufe des Nachmittags kam es zu Versammlungen auf dem Bahnhofsvorplatz und in der Bahnhofstraße. Die Menge nahm eine feindselige Haltung gegen die Truppen der Regierungstruppen an. Da diese wütend und lässlich beleidigt und angegriffen wurden, mußte Befehl gegeben werden, gegen die Menge mit blanker Waffe vorzugehen und den Bahnhofsvorplatz und die Bahnhofstraße zu säubern. Als einer Aufforderung nicht Folge geleistet wurde, gaben die Regierungstruppen lebhafte Schreie ab. Berichte von einer großen Anzahl von Toten und Verwundeten sind erhoffen. Dieser wurde ein Reichswehrler festgenommen. Abend wurde der Besatzungsstand verhängt.

W.B. Berlin, 20. Juni. Zur Verlegung des Postverkehrs auf der Eisenbahndirektion in Erfurt ist zwischen dem Minister der öffentlichen Arbeiten und den Vertretern der Erfurter Beamten und Arbeiter eine Einigung auf folgender Grundlage erzielt worden: Die am Sonntag als Delegierten und als Präsident der Eisenbahndirektion unrichtig eingeleiteten Beamten und Arbeiter treten sofort von ihren Posten zurück, sobald die ordnungsmäßige amnestierten Beamten ihre Ämter wieder übernehmen. Der Minister entsendet einen Kommissar, nach Erfurt zur Untersuchung der erhobenen Beschwerden und tritt bei der Reichsregierung für die Zurückziehung der Regierungstruppen ein. Beamten und Arbeiterorganisation leisten dagegen Gehör für die volle Aufrechterhaltung des Betriebes und für die Ordnung auf der Eisenbahn.

W.B. Weimar, 19. Juni. Seit heute Nachmittag 4 Uhr befinden sich die Eisenbahnarbeiter und ein Teil der Beamten im Streik zum Protest gegen das Einmarschieren der Regierungstruppen in Erfurt. Die noch unterworfenen feindseligen Rüge werden vorläufig nach abgelehnt, so daß eine große Zahl der Teilnehmer an der Nationalversammlung und der Presse Weimar noch rechtzeitig erreichen.

W.B. Jena, 20. Juni. Die Eisenbahnerbewegung hat sich auch auf Jena ausgedehnt. Eine stark behetzte Betriebsverwaltung in der großen Eisenbahnwerkstätte hat Dienstag den Betriebsleiter, Regierungs- und Bauamt zum Verlassen des Betriebs entlassen. Einen seiner Mitarbeiter traf das gleiche Schicksal. Wie weiter gemeldet wird, verkehren die Rüge auf der Saalebahn und auf der Weimar-Jenaerbahn nicht.

W.B. Erfurt, 20. Juni. Die Lage im Eisenbahndirektionsbezirk Erfurt hat sich heute noch verschärft. Die Rüge verkehren nach Göttingen, Jena und Gera nicht mehr. Drei streikende Eisenbahnbeamten und Arbeiter. Der Verleiher über in Richtung nach Berlin und Weimar ist vorläufig nicht behindert. Seit heute Vormittag 10 Uhr streiken auch die Arbeiter der Erfurter Eisenbahnhauptwerkstätte. Die Arbeiter verlangen u. a., daß der Posten des Präsidenten im Sinne der bekannten Gewerkschaftsforderung besetzt werde. Die Hauptleitung der Regierungstruppen bei dem für heute Nachmittag geplante Verhandlungen dürfte sein, daß der Verkehr sofort überall wieder aufgenommen wird.

W.B. Jena, 20. Juni. Eine stark behetzte Verklammerung der aufständigen Eisenbahnbeamten und Arbeiter beschloß die Fortsetzung des Streiks. Die Bewegung der Eisenbahner in Jena droht auch die übrigen Privatbetriebe in Mitteldeutschland zu ziehen, indem der Streik auch auf diese Privatbetriebe überzuspringen scheint.

Gewerkschaftliches.

Gärtnerthung. Die Gärtner und übrigen Arbeiter haben am Sonntag, den 22. Juni, in Osnabrück im Bahnhof nachmittags 1 1/2 Uhr eine Zusammenkunft. Gegenstand der Beratung ist die Berufsorganisation und die tarifliche Regelung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse. Die Einladung erfolgt durch den Gauleiter Fuchs vom Verband der Gärtner und Gartenarbeiter in Frankfurt a. M. Arbeitstag 51. 11.

Baden.

Tagung der evgl. General Synode.

In zwei Sitzungen beendete am Mittwoch die General Synode ihre Arbeiten. Zunächst wurden die vom Oberkirchenrat getroffenen Maßnahmen über die Verwendung der aus dem Kirchenrenten zurückgeführten Geislichen und über die Zurückweisung der älteren Geislichen gebilligt. Sodann wurde die Beratung der Wohlflorenung für die Wahl einer neuen Landeskirchenleitung fortgesetzt. Der Vorsitzende des Verfassungsausschusses Abg. C. Frey berichtete über die Verhandlungen, die am Dienstag nachm. und Mittwoch früh noch stattgefunden haben und in denen an dem Vermittlungsvorschlag eine Reihe Änderungen vorgenommen wurden. Aus diesen ist erwähnenswert, daß die außerordentliche General Synode möglichst binnen fünf (statt vier) Monaten einzuberufen ist, daß ihr 85 (statt 70) Mitglieder angehören sollen und daß die persönliche Anwesenheit zur Wahlberechtigung vorgeschrieben ist.

In der Aussprache über den Vermittlungsvorschlag erklärte sich Abg. Pfarrer Ruzinger namens der Liberalen damit einverstanden. In seinen Ausführungen sprach er sich für die Mitarbeit der Sozialdemokratie in den Kirchenverträgen aus. — Abg. Prof. Frommel-Gödelberg verteilte den Standpunkt der Volkspartei, die sich ebenfalls für die Mitarbeit der Sozialdemokratie ausgesprochen hat. Die Sozialdemokratie mehr entgegenkommene. Nachdem noch die Abg. Pfarrer Bender, Schätzhausen und Pfarrer Wurz den positiven Standpunkt vertraten und ebenfalls die Mitarbeit der Arbeiterpartei gewünscht hatten, wurde die Vermittlungsvorschlag angenommen.

In der Nachmittags-Sitzung wurde die Abstimmung vorgenommen und dabei der Vermittlungsvorschlag, der die Wohlwollen vorsteht, aber bei der Verteilung der 85 Mandatstimmen auch die Kirchengemeinden berücksichtigt, mit allen gegen 8 Stimmen angenommen. Namens der positiven Fraktion gab Bürgerm. a. D. von Hollander-Monnheim die Erklärung ab, daß seine Fraktion auf das Gemeindepapier verzichtet habe, um zu einer Einigung zu kommen. Die Tagesordnung war damit erledigt. Der Präsident des Oberkirchenrats Dr. Uebel gab in einem Schlusswort der Freude Ausdruck, daß die Arbeit dieser Synode von dem Gefühl der Gemeinsamkeit und dem Bewußtsein der gegenseitigen Unterstützung getragen gewesen sei.

Agrarwünsche.

Bei einer Rentensammlung in Lauterbach hat der Präsident des badischen Bauernvereins, Stadtrat und Abg. Weiskopf eine Rede über die wirtschaftliche Lage, worin er u. a. ausführte, ein Abbau der Lebensmittelpreise könne erst dann erfolgen, wenn die Preise für Rohstoffe und Industriearbeitskräfte zurückgehen. Die stärksten Minderungen werden in den Minderungen der Landwirte dar. Eine Erhöhung der Viehpreise werde folgen. Wünschenswert sei auch die Freigabe der Kraftstoffe und des Gemüses, nicht aber der Eier, des Schmalzes, der Kartoffeln usw. In der Sozialisierungsfrage stelle sich der Redner auf den Standpunkt, daß diese Frage nur auf dem Wege des Rechts und der Ordnung erledigt werden könne. Die badische Regierung sei übrigens geneigt, landwirtschaftliche Betriebe mit mehr als 25 Hektar zu enteignen.

Stuttgart, 20. Juni. Der „Wittels Courrier“ berichtet: Durch Unglücksfall in einem Fabrikwesen des Karlsruher Rheinbafens erlitten drei Arbeiter schwere Brandwunden. Es soll ein fahrlässiger Fehler gewesen sein. Seiner Verletzungen ist nun geteilt der von Reichsbach stammende 17jährige Sohn des durch Sturz von einem Kirchturm verunglückten Lorenz Das erlegen.

Offenburg, 20. Juni. Herr Oberlehrer Finzer ist nach 27jähriger Tätigkeit an der hiesigen höheren Mädchenschule und nach einer gesamten Beschäftigung von 52 Jahren in den Ruhestand getreten.

Offenburg, 20. Juni. Gestern vormittag wurde der 19 Jahre alte Glasmaler Wilhelm Dörflinger von Offenburg, der sich ohne Erlaubnis aus dem besetzten Gebiet entfernen wollte, von einem französischen Soldaten erschossen. Die Franzosen treffen schon alle Vorbereitungen für einen eventuellen Vormarsch. So wurde die Garnison Offenburg am Montag um 1000 Mann verstärkt.

Heidelberg, 21. Juni. Ein schwerer Raubmord ist vor wenigen Tagen im Stadtbad verübt worden. Dort wurde die 17jährige Modistin Elise Stros aus Heidelberg tot aufgefunden. Die gerichtliche Untersuchung ergab, daß zwischen dem Mörder und der Getöteten ein Kampf stattgefunden hat, und daß Mädchen durch mehrere Stichwunden getötet worden ist. Der Mörder nahm „Seidew. Kaffee“ seinen Opfer 150 M. in bar und die silberne Armbanduhr weg. Von dem Mörder fehlt bisher jede Spur.

Mannheim, 19. Juni. Die Nachrichten, daß der Verkehr an der Rheinbrücke von der rechten zur linken Rheinseite gesperrt sei, entspricht nicht den Tatsachen. Die Anhaber der Tagesbauarbeiten hatten in der letzten Zeit allerdings Schwierigkeiten zu erleiden.

Freiburg, 20. Juni. In einer der letzten Nächte verstarb etwa 16 Personen das Erbkind eines Gutspächters unerwartetweise abzutreten. Als einige Angestellte des Pächters die Mauer betreten wollten, eröffneten diese ein wildes Feuer, wobei der Gutspächter Wilh. Dauter durch einen Schuß in den Leib lebensgefährlich verletzt wurde.

Konstanz, 20. Juni. Gestern Mittag trafen mit Sonderzug zwei Offiziere und 619 Mann, die bisher in der Schweiz interniert waren, hier ein. Sie wurden in der üblichen herzlichen Weise begrüßt. Nach 10 Uhr abends kamen noch 12 Offiziere und 48 Mann der deutschen Handelsmarine, sowie zwei Frauen und zwei Kinder an, die bisher in Spanien interniert waren. Die in den letzten Tagen hier angekommenen 800 Russen wurden heute früh 5 Uhr in die Schweiz abtransportiert.

Deutscher Arbeiter-Sänger-Bund, Gau Baden.

Da bei der am 7. Juni stattgefundenen Gau-Generalsynode die Wahl wieder Karlsruhe als Vorort bestimmt wurde, fand am 11. Juni im Restaurant „Grünwald“ eine kombinierte Versammlung der Arbeiter-Sänger-Karlsruher statt, welche mäßig besucht war. In derselben wurde die Neuwahl der Gauleitung vorgenommen. Für den ausgeschiedenen Vorsitzenden Sp. Marum, welchem noch Worte der Anerkennung gesollt wurden, kam Sp. Anton Weiskopf zum Voranschlag und wurde einstimmig zum 1. Vorsitzenden gewählt. Sp. Weiskopf erklärte sich bereit, wenn auch gerade eine Zeit Neuling mehr in der Arbeiter-Sängerschaft, aber doch noch etwas überreicht, diesen Posten nach besten Kräften zum Wohle unseres Gau's zu übernehmen. Diese Ausführungen wurden von den Anwesenden freudig aufgenommen. Da gegen die Führung der Gesänge in der Generalsynode, sowohl, wie von anderen Mitgliedern keine Beanstandung, sondern nur Anerkennung ausgesprochen worden war, wurde vorgeschlagen, die derzeitigen Verwaltungsmitglieder insgesamt zu wäh-

len, was jedermann einstimmig geist. Die Gauleitung legt sich wie folgt zusammen: Anton Weiskopf, Vorsitzender; Friedrich Hürle, Schriftführer; Friedrich Wolf, Kassier; Josef Weiler, Karl Zillhardt, Ernst Ruch, Friedr. Werthammer, Beisitzer.

Der zweite Punkt: Wahl der Bezirksleitung und Agitation. Wie eine lebhafteste Debatte aus, in der geeignete Vorschläge und Wünsche zum Ausdruck kamen, um einmal die vielen organisierten Kollegen und Genossen aus den sog. bürgerlichen Vereinen, in denen noch der alte Geist sein Wesen treibt, zur Ueberzeugung zu bringen, daß nicht mehr dort, sondern nur in den Reihen seiner Mitmenschen (bei den Arbeiter-Sängereingängen) der richtige Platz ist. In der Wahl wurde ausgesprochen, daß wenn sich diese Ausstellungen noch lange befinden, etwas schärfere Maßnahmen ergriffen werden sollen. Wir möchten jedoch nicht, daß zu dieser Maßregel geiffert werden muß. Auch für die Bedeutung der Beschlüsse wurde die Beschlüsse der Bezirksleitung gemacht, welche nur befristet werden können. Denn es ist doch klar, daß nur größere Chorführer etwas Gediegenes und Erprobtes leisten können. Damit die Agitation im Bezirk Karlsruhe freier entfaltet werden kann, wurde eine von der Gauleitung getrennte Bezirksleitung bestimmt und die Sp. Karl Letzner, Dummelstraße 10, als Bezirksleiter, die Sp. Josef Kerner, Wolf Dede sowie Sängergesangin Frau Kreisfimar als Beisitzer gewählt.

Nach einem warmen Appell, jetzt wieder frisch in die Agitation zur Gewinnung noch so vieler abseitsstehender Frauen und Männer des wertvollen Volkes für unsere Bund einzutreten, wurde die Versammlung beendet.

Der Freiburger Bistreib.

Freiburg, 20. Juni. Die Bistreib, die auf Weisung des badischen Gouvernements ihren Betrieb für den Ausfall, aber ohne Rücksicht auf die Interessen der Arbeiter, auf ihren fälschlichen der Regierung unterbreiteten Forderungen. Das Freiburger Gewerkschaftsbüro ist fest entschlossen, jeder neuen Maßregelung durch Betriebsleitung wiederum in derselben Art zu begegnen bis die Regierung einer Prüfung der Wünsche der Bistreib sich nicht mehr verweigert.

Trotzdem ist, wie berichtet wird, der Streik im Abflauen begriffen. Nachdem wiederholt Bistreib auf gewaltsame Weise durch Ausschüsse zum Schließen gezwungen worden waren, hatte das Bezirksamt denjenigen Bistreib entsprechende Schutz zugesichert, die offenhalten wollten. Daraufhin hat eine ganze Anzahl von Bistreib, namentlich von Heimer, für das Publikum wieder geöffnet. Es ist damit zu rechnen, daß der Streik bald ein Ende finden wird. Auch dürfen die Maßnahmen amtlicher Stellen, die für die Speisung der auf Bistreib besessenen angewiesenen ausreichend geortet hatten, hierauf mitgeteilt haben. Zumal auch die Sympathien der Bevölkerung größtenteils nicht auf Seiten der Ausschüsse sind.

Freiburg, 20. Juni. Das hiesige Gewerkschaftsbüro hat an den Stadtrat eine Eingabe gerichtet, in der es auf die Verbitterung in der Arbeiterfrage über den Bistreib und die Bistreib selbst hinweist und betont, es sei nicht angebracht, daß bei einem weiteren Umschlag des Schicksals der Arbeiter die Bistreib sich genötigt sehen, zur Selbsthilfe zu greifen. An den bestehenden mangelhaften Verhältnissen frage nicht nur das Handwerk, sondern auch der Kommunalverband. Wenn nicht eine durchgreifende Änderung in der Arbeitsverhältnisse eintreife, könnten die Verhältnisse zu unheimlichen Zerrungen führen. Es wird eine Reihe von Forderungen aufgestellt, dabei die Einmündung von Vorzugspersonen für die minderbemittelte, arbeitende Bevölkerung bis zu einem Einkommen von 7000 M. Verteilung dieser Waren durch genossenschaftliche Organisationen an die Verbraucher, die Reduzierung des Preisniveaus durch direkte Steuern und durch Erhöhung der Preise für die bestgestellten Konsumgüter, vollständige Aushebung des ungelerten Leinen Handels bei der rationierten Warenverteilung, Konsumierung des Weingerechtes, Verkauf von ausländischen Fleischwaren zum Selbstkostenpreis, Zusammenlegung der kleinen Bäckereien zu Großbetrieben, strenge Verbotung jeder Preisüberhöhung und jeden Wanders, Verfestigung der Rahmen der Verkäufe. Das Schreiben macht darauf aufmerksam, daß infolge der Wichtigkeit der aufgeworfenen Fragen eine Entscheidung bis zum 25. ds. Mts. erwartet wird.

Freiburg, 21. Juni. Der hiesige Bistreib kann so gut als beendet gelten, nachdem die Hotelbesitzer dem Bistreibverein mitgeteilt haben, daß sie die Schließung ihrer Häuser nicht aufrecht erhalten könnten.

Freiburg, 21. Juni. Der hiesige Bistreib kann so gut als beendet gelten, nachdem die Hotelbesitzer dem Bistreibverein mitgeteilt haben, daß sie die Schließung ihrer Häuser nicht aufrecht erhalten könnten.

Freiburg, 21. Juni. Der hiesige Bistreib kann so gut als beendet gelten, nachdem die Hotelbesitzer dem Bistreibverein mitgeteilt haben, daß sie die Schließung ihrer Häuser nicht aufrecht erhalten könnten.

Freiburg, 21. Juni. Der hiesige Bistreib kann so gut als beendet gelten, nachdem die Hotelbesitzer dem Bistreibverein mitgeteilt haben, daß sie die Schließung ihrer Häuser nicht aufrecht erhalten könnten.

Freiburg, 21. Juni. Der hiesige Bistreib kann so gut als beendet gelten, nachdem die Hotelbesitzer dem Bistreibverein mitgeteilt haben, daß sie die Schließung ihrer Häuser nicht aufrecht erhalten könnten.

Freiburg, 21. Juni. Der hiesige Bistreib kann so gut als beendet gelten, nachdem die Hotelbesitzer dem Bistreibverein mitgeteilt haben, daß sie die Schließung ihrer Häuser nicht aufrecht erhalten könnten.

Freiburg, 21. Juni. Der hiesige Bistreib kann so gut als beendet gelten, nachdem die Hotelbesitzer dem Bistreibverein mitgeteilt haben, daß sie die Schließung ihrer Häuser nicht aufrecht erhalten könnten.

Freiburg, 21. Juni. Der hiesige Bistreib kann so gut als beendet gelten, nachdem die Hotelbesitzer dem Bistreibverein mitgeteilt haben, daß sie die Schließung ihrer Häuser nicht aufrecht erhalten könnten.

Freiburg, 21. Juni. Der hiesige Bistreib kann so gut als beendet gelten, nachdem die Hotelbesitzer dem Bistreibverein mitgeteilt haben, daß sie die Schließung ihrer Häuser nicht aufrecht erhalten könnten.

Freiburg, 21. Juni. Der hiesige Bistreib kann so gut als beendet gelten, nachdem die Hotelbesitzer dem Bistreibverein mitgeteilt haben, daß sie die Schließung ihrer Häuser nicht aufrecht erhalten könnten.

Freiburg, 21. Juni. Der hiesige Bistreib kann so gut als beendet gelten, nachdem die Hotelbesitzer dem Bistreibverein mitgeteilt haben, daß sie die Schließung ihrer Häuser nicht aufrecht erhalten könnten.

Freiburg, 21. Juni. Der hiesige Bistreib kann so gut als beendet gelten, nachdem die Hotelbesitzer dem Bistreibverein mitgeteilt haben, daß sie die Schließung ihrer Häuser nicht aufrecht erhalten könnten.

Freiburg, 21. Juni. Der hiesige Bistreib kann so gut als beendet gelten, nachdem die Hotelbesitzer dem Bistreibverein mitgeteilt haben, daß sie die Schließung ihrer Häuser nicht aufrecht erhalten könnten.

Freiburg, 21. Juni. Der hiesige Bistreib kann so gut als beendet gelten, nachdem die Hotelbesitzer dem Bistreibverein mitgeteilt haben, daß sie die Schließung ihrer Häuser nicht aufrecht erhalten könnten.

Freiburg, 21. Juni. Der hiesige Bistreib kann so gut als beendet gelten, nachdem die Hotelbesitzer dem Bistreibverein mitgeteilt haben, daß sie die Schließung ihrer Häuser nicht aufrecht erhalten könnten.

Freiburg, 21. Juni. Der hiesige Bistreib kann so gut als beendet gelten, nachdem die Hotelbesitzer dem Bistreibverein mitgeteilt haben, daß sie die Schließung ihrer Häuser nicht aufrecht erhalten könnten.

Die besitzenden Klassen und die Feuerwehr. Der Ausschuss des badischen Landesfeuerwehrverbandes hat auf seiner Tagung in Billingen Stellung genommen zu dem Verbot des Ministeriums über die Teilnahme an der Feuerwehr. Die Gemeinden, in denen eine freiwillige Feuerwehr besteht, sollen durch Verordnung gezwungen werden, ein Ortsstatut aufzustellen, in dem Bestimmungen darüber enthalten sein müssen, in welcher Weise die nicht zur freiwilligen Feuerwehr gehörenden männlichen Personen zum Feuerdienst herangezogen sind. Kommt die Gemeinde dieser Verpflichtung nicht nach, so hat das Bezirksamt nach Anhörung des Gemeinderats und des Kommandos der freiwilligen Feuerwehr das Statut zu erlassen.

Kommunalpolitik.

Durlach, 19. Juni. Auf die Verichtigung des Herrn Hermann Kundermann in Nr. 187 vom 16. Juni betr. Gemeinderats- und Bürgermeisterversammlung stellt der Unterzeichnete folgendes fest: Wenig Tage vor der Gemeinderatswahl teilte mir Genosse Reichbauer mit, daß die U. S. P. vertreten durch Friedrich Kübler ihm gegenüber die Auffassung vertreten habe, daß es wohl zweckmäßig sei, bei der Gemeinderatswahl die Liste der Freiheit und die der U. S. P. zu verbinden, damit die Stimmen der Gemeinderatsmitglieder ihrer Zahl nach auch voll zur Geltung kommen. Der Unterzeichnete ließ dem Genossen Kübler von der U. S. P. durch Grotzinger mitteilen, daß eine gemeinsame Aussprache zu diesem Zweck in seiner Wohnung stattfinden könne. Dasselbe fand dann 1 oder 2 Tage darauf statt und hatte das Ergebnis, daß wir beide im Prinzip mit einer Verbindung der Listen einig waren, auch wurde bei dieser Unterredung die Frage der Reihenfolge der ersten Erststimme besprochen und auch darüber herrschte zwischen Kübler und mir Einverständnis, jedoch unter der Voraussetzung, daß vor der endgültigen Entscheidung die beiden Fraktionen sowie die Parteileitungen zu hören sind und Beschluß zu fassen haben. Die gemeinsame Aussprache der beiden Parteien und Fraktionen sollte denn auch am Samstagabend 8 Uhr im „Gold. Löwen“ stattfinden; die Wehrpartei war nahezu vollständig durch Parteiausflug und Fraktion vertreten, während die U. S. P. nicht erschienen ist; aus welchem Grunde, mag dahingestellt bleiben. Daß Genosse Kübler seinen Parteifreunden und Fraktionskollegen von dieser Zusammenkunft keine Kenntnis gegeben haben soll, kann ich kaum glauben, dies umso mehr, als auch die U. S. P. Fraktion zu der Gemeinderatswahl Stellung genommen hat, schon wegen der Mandatsfrage.

Die Frage, ob sämtliche Fraktionsführer mit dem Wahltermin der Bürgermeisterversammlung einverstanden waren, mag dahingestellt bleiben, nach meiner Auffassung liegt dieselbe infolgedessen ein Ziel vor, als man nicht gewußt hat, wer bei den U. S. P. der Fraktionsführer ist. Hinsichtlich der Frage der sozialdemokratischen Kandidatur zur Bürgermeisterversammlung kann ich nur wiederholen, was ich in der Parteiverammlung vom 6. Juni gesagt habe, nämlich: bei gemeinsamem Vorgehen eine sozialdemokratische Kandidatur aufzustellen und auch durchzuführen, aber nach der Probe bei der Gemeinderatswahl sei dies natürlich aussichtslos, und es liegt die Vermutung nahe, daß die U. S. P. eine reine Oppositionspolitik treiben werde, und dadurch das Amt eines sozialdem. Bürgermeisters sehr erschweren würde. Aus diesem Grunde habe ich dann der Parteiverammlung vorgeschlagen, von einer eigenen Kandidatur abzusehen und den bisherigen Bürgermeister Dr. Hieron wieder zu wählen; es ist also nicht so, wie Herr Kundermann sagt: ich hätte die Wiederwahl des bisherigen Bürgermeisters mit der Begründung empfohlen, „ein sozialdemokratischer Bürgermeister könne die Interessen der Arbeiterklasse auch nicht besser vertreten“.

Freiburg, 20. Juni. Der hiesige Bistreib kann so gut als beendet gelten, nachdem die Hotelbesitzer dem Bistreibverein mitgeteilt haben, daß sie die Schließung ihrer Häuser nicht aufrecht erhalten könnten.

Freiburg, 20. Juni. Der hiesige Bistreib kann so gut als beendet gelten, nachdem die Hotelbesitzer dem Bistreibverein mitgeteilt haben, daß sie die Schließung ihrer Häuser nicht aufrecht erhalten könnten.

Freiburg, 20. Juni. Der hiesige Bistreib kann so gut als beendet gelten, nachdem die Hotelbesitzer dem Bistreibverein mitgeteilt haben, daß sie die Schließung ihrer Häuser nicht aufrecht erhalten könnten.

Freiburg, 20. Juni. Der hiesige Bistreib kann so gut als beendet gelten, nachdem die Hotelbesitzer dem Bistreibverein mitgeteilt haben, daß sie die Schließung ihrer Häuser nicht aufrecht erhalten könnten.

Freiburg, 20. Juni. Der hiesige Bistreib kann so gut als beendet gelten, nachdem die Hotelbesitzer dem Bistreibverein mitgeteilt haben, daß sie die Schließung ihrer Häuser nicht aufrecht erhalten könnten.

Freiburg, 20. Juni. Der hiesige Bistreib kann so gut als beendet gelten, nachdem die Hotelbesitzer dem Bistreibverein mitgeteilt haben, daß sie die Schließung ihrer Häuser nicht aufrecht erhalten könnten.

Freiburg, 20. Juni. Der hiesige Bistreib kann so gut als beendet gelten, nachdem die Hotelbesitzer dem Bistreibverein mitgeteilt haben, daß sie die Schließung ihrer Häuser nicht aufrecht erhalten könnten.

Freiburg, 20. Juni. Der hiesige Bistreib kann so gut als beendet gelten, nachdem die Hotelbesitzer dem Bistreibverein mitgeteilt haben, daß sie die Schließung ihrer Häuser nicht aufrecht erhalten könnten.

Freiburg, 20. Juni. Der hiesige Bistreib kann so gut als beendet gelten, nachdem die Hotelbesitzer dem Bistreibverein mitgeteilt haben, daß sie die Schließung ihrer Häuser nicht aufrecht erhalten könnten.

Freiburg, 20. Juni. Der hiesige Bistreib kann so gut als beendet gelten, nachdem die Hotelbesitzer dem Bistreibverein mitgeteilt haben, daß sie die Schließung ihrer Häuser nicht aufrecht erhalten könnten.

Freiburg, 20. Juni. Der hiesige Bistreib kann so gut als beendet gelten, nachdem die Hotelbesitzer dem Bistreibverein mitgeteilt haben, daß sie die Schließung ihrer Häuser nicht aufrecht erhalten könnten.

Freiburg, 20. Juni. Der hiesige Bistreib kann so gut als beendet gelten, nachdem die Hotelbesitzer dem Bistreibverein mitgeteilt haben, daß sie die Schließung ihrer Häuser nicht aufrecht erhalten könnten.

Freiburg, 20. Juni. Der hiesige Bistreib kann so gut als beendet gelten, nachdem die Hotelbesitzer dem Bistreibverein mitgeteilt haben, daß sie die Schließung ihrer Häuser nicht aufrecht erhalten könnten.

Freiburg, 20. Juni. Der hiesige Bistreib kann so gut als beendet gelten, nachdem die Hotelbesitzer dem Bistreibverein mitgeteilt haben, daß sie die Schließung ihrer Häuser nicht aufrecht erhalten könnten.

Freiburg, 20. Juni. Der hiesige Bistreib kann so gut als beendet gelten, nachdem die Hotelbesitzer dem Bistreibverein mitgeteilt haben, daß sie die Schließung ihrer Häuser nicht aufrecht erhalten könnten.

Freiburg, 20. Juni. Der hiesige Bistreib kann so gut als beendet gelten, nachdem die Hotelbesitzer dem Bistreibverein mitgeteilt haben, daß sie die Schließung ihrer Häuser nicht aufrecht erhalten könnten.

Freiburg, 20. Juni. Der hiesige Bistreib kann so gut als beendet gelten, nachdem die Hotelbesitzer dem Bistreibverein mitgeteilt haben, daß sie die Schließung ihrer Häuser nicht aufrecht erhalten könnten.

Freiburg, 20. Juni. Der hiesige Bistreib kann so gut als beendet gelten, nachdem die Hotelbesitzer dem Bistreibverein mitgeteilt haben, daß sie die Schließung ihrer Häuser nicht aufrecht erhalten könnten.

Freiburg, 20. Juni. Der hiesige Bistreib kann so gut als beendet gelten, nachdem die Hotelbesitzer dem Bistreibverein mitgeteilt haben, daß sie die Schließung ihrer Häuser nicht aufrecht erhalten könnten.

Freiburg, 20. Juni. Der hiesige Bistreib kann so gut als beendet gelten, nachdem die Hotelbesitzer dem Bistreibverein mitgeteilt haben, daß sie die Schließung ihrer Häuser nicht aufrecht erhalten könnten.

Kleine Nachrichten.

Belagerungszustand über den Gaimburger Freifasen. Als Folge des Uebernahmens von Lebensmittelplünderungen im Freifasengebiet wird ab 20. Juni abends der Belagerungszustand über das gesamte Freifasengebiet verhängt.

Streik in Loreto. Nach einem Privattelegramm des „Berl. Tagebl.“ aus Lugano, meldet „Corriere della Sera“, den überhöhten Fall, daß der gesamte Merus des H. Hauses von Loreto, der berühmten Wallfahrts- und Wunderkirche der Welt, in den Streik getreten ist.

Wohnungsnot und Heimstättengesetz.

Dieses Thema, das so sehr alle Schichten unseres Volkes bewegt, wurde am Mittwoch abend im Rathsaal vor einer großen Versammlung durch Herrn Landeswohnungsinспектор Regierungsrat Dr. Kampffmeyer behandelt.

Es sei nicht daran zu denken, daß bei den jetzigen Verhältnissen die Bautätigkeit durch das alte Kapital und Bauhandwerk aufgenommen werden wird und auf genossenschaftlichem Wege Abhilfe geschaffen werden könne.

Eine neue Grundlage bilde der Entwurf des Heimstättengesetzes. Hier sei durch die Selbstverwaltung und Gemeinwirtschaft ein Weg zur Verwirklichung gegeben.

Die am Mittwoch, den 18. Juni, im großen Rathsaal zu Karlsruhe tagende Versammlung gibt nach Anhörung des Vortragenden des Herrn Landeswohnungsinспектор und Regierungsrats Dr. Kampffmeyer und anschließiger Aussprache der Meinung Ausdruck, daß die furchtbare Wohnungsnot unter der breiten Volksschichten leiden, nur dadurch beseitigt werden kann, daß das ganze Wohnungs- und Siedlungsweesen auf eine neue tragfähige Grundlage gestellt wird.

Die am Mittwoch, den 18. Juni, im großen Rathsaal zu Karlsruhe tagende Versammlung gibt nach Anhörung des Vortragenden des Herrn Landeswohnungsinспектор und Regierungsrats Dr. Kampffmeyer und anschließiger Aussprache der Meinung Ausdruck, daß die furchtbare Wohnungsnot unter der breiten Volksschichten leiden, nur dadurch beseitigt werden kann, daß das ganze Wohnungs- und Siedlungsweesen auf eine neue tragfähige Grundlage gestellt wird.

Im Schlußwort wandte sich Herr Dr. Kampffmeyer gegen die vorgebrachten Bedenken in der Aussprache und fand mit feinen Ausführungen abermals adreßierte Zustimmung.

Theater, Kunst und Wissenschaft.

„Wilhelm Tell“ von Friedrich Schiller.

Vorbemerkungen zur Volksvorstellung am nächsten Montag, 23. Juni, im badischen Landes-Theater Karlsruhe.

Die Tellgeschichte hatte schon vor Schiller vielfach poetische und selbst dramatische Behandlung erfahren, insbesondere hat sich die Schweizer Dichtung des volkstümlichen Stoffes immer wieder bemächtigt.

Freunde herumgeschickt; Goethe fand sie „fürtrefflich geraten“, „Näher in seiner überauswichtigen Schauspielerprache schrieb zurück, er habe „seine Arie gebogen“.

Es ist begreiflich, daß der heutige Freiheitsgefang Schillers einen starken nationalen Widerhall weckte in dem unter der ganzerten Faust Napoleons schwer seufzenden Deutschland.

Die am Mittwoch, den 18. Juni, im großen Rathsaal zu Karlsruhe tagende Versammlung gibt nach Anhörung des Vortragenden des Herrn Landeswohnungsinспектор und Regierungsrats Dr. Kampffmeyer und anschließiger Aussprache der Meinung Ausdruck, daß die furchtbare Wohnungsnot unter der breiten Volksschichten leiden, nur dadurch beseitigt werden kann, daß das ganze Wohnungs- und Siedlungsweesen auf eine neue tragfähige Grundlage gestellt wird.

Freilich, wer wollte das nicht? Aber wir wollen es nur, wenn dabei der Nachdruck auf den „Mündern“ liegt. Dieses Wort mußte der Schauspieler heute ganz besonders hervorheben.

Ein vaterländisches Stück! So fahle die verflozene glorreiche Zeit des deutschen Reiches den „Tell“ auf wegen der diversen Kernsprüche, die man dem Volk immer wieder in die Ohren blasen zu müssen.

anderes Deutschland geträumt, ein Deutschland als Führerin in der Geisteswelt als Vorkämpferin für Ideale für den geschäftigsten Kosmopolitismus, den die maßgebende Schicht bei uns in Verleugnung der guten klassischen Traditionen immer mehr als Volksverrat zu verächtigen wählte.

„Das ist nicht des Deutschen Größe, Obzusehen mit dem Schwert, In das Geistesreich zu bringen, Vorurteile zu bezwingen, Männlich mit dem Bismarck zu ringen, Das ist seines Eifers wert.“

Dieser Mahnung Schillers hätte das deutsche Reich mehr nachstreben sollen, anstatt sich an dem hohen Pomp eines muskelstarken und feuerfanaubenden Cäsarismus zu ergötzen.

Die am Mittwoch, den 18. Juni, im großen Rathsaal zu Karlsruhe tagende Versammlung gibt nach Anhörung des Vortragenden des Herrn Landeswohnungsinспектор und Regierungsrats Dr. Kampffmeyer und anschließiger Aussprache der Meinung Ausdruck, daß die furchtbare Wohnungsnot unter der breiten Volksschichten leiden, nur dadurch beseitigt werden kann, daß das ganze Wohnungs- und Siedlungsweesen auf eine neue tragfähige Grundlage gestellt wird.

Neue und verlockende Aufgaben hatten am Landes-Theater der Siedung, so insbesondere die stärkere Beteiligung der in der Nähe von Karlsruhe liegenden Städte an den künstlerischen Darbietungen des Landes-Theaters und eine großzügige Reform des Besuchs des Theaters durch alle sozialen Schichten.

Die am Mittwoch, den 18. Juni, im großen Rathsaal zu Karlsruhe tagende Versammlung gibt nach Anhörung des Vortragenden des Herrn Landeswohnungsinспектор und Regierungsrats Dr. Kampffmeyer und anschließiger Aussprache der Meinung Ausdruck, daß die furchtbare Wohnungsnot unter der breiten Volksschichten leiden, nur dadurch beseitigt werden kann, daß das ganze Wohnungs- und Siedlungsweesen auf eine neue tragfähige Grundlage gestellt wird.

Die am Mittwoch, den 18. Juni, im großen Rathsaal zu Karlsruhe tagende Versammlung gibt nach Anhörung des Vortragenden des Herrn Landeswohnungsinспектор und Regierungsrats Dr. Kampffmeyer und anschließiger Aussprache der Meinung Ausdruck, daß die furchtbare Wohnungsnot unter der breiten Volksschichten leiden, nur dadurch beseitigt werden kann, daß das ganze Wohnungs- und Siedlungsweesen auf eine neue tragfähige Grundlage gestellt wird.

Die am Mittwoch, den 18. Juni, im großen Rathsaal zu Karlsruhe tagende Versammlung gibt nach Anhörung des Vortragenden des Herrn Landeswohnungsinспектор und Regierungsrats Dr. Kampffmeyer und anschließiger Aussprache der Meinung Ausdruck, daß die furchtbare Wohnungsnot unter der breiten Volksschichten leiden, nur dadurch beseitigt werden kann, daß das ganze Wohnungs- und Siedlungsweesen auf eine neue tragfähige Grundlage gestellt wird.

Die am Mittwoch, den 18. Juni, im großen Rathsaal zu Karlsruhe tagende Versammlung gibt nach Anhörung des Vortragenden des Herrn Landeswohnungsinспектор und Regierungsrats Dr. Kampffmeyer und anschließiger Aussprache der Meinung Ausdruck, daß die furchtbare Wohnungsnot unter der breiten Volksschichten leiden, nur dadurch beseitigt werden kann, daß das ganze Wohnungs- und Siedlungsweesen auf eine neue tragfähige Grundlage gestellt wird.

Die am Mittwoch, den 18. Juni, im großen Rathsaal zu Karlsruhe tagende Versammlung gibt nach Anhörung des Vortragenden des Herrn Landeswohnungsinспектор und Regierungsrats Dr. Kampffmeyer und anschließiger Aussprache der Meinung Ausdruck, daß die furchtbare Wohnungsnot unter der breiten Volksschichten leiden, nur dadurch beseitigt werden kann, daß das ganze Wohnungs- und Siedlungsweesen auf eine neue tragfähige Grundlage gestellt wird.

Die am Mittwoch, den 18. Juni, im großen Rathsaal zu Karlsruhe tagende Versammlung gibt nach Anhörung des Vortragenden des Herrn Landeswohnungsinспектор und Regierungsrats Dr. Kampffmeyer und anschließiger Aussprache der Meinung Ausdruck, daß die furchtbare Wohnungsnot unter der breiten Volksschichten leiden, nur dadurch beseitigt werden kann, daß das ganze Wohnungs- und Siedlungsweesen auf eine neue tragfähige Grundlage gestellt wird.

Die am Mittwoch, den 18. Juni, im großen Rathsaal zu Karlsruhe tagende Versammlung gibt nach Anhörung des Vortragenden des Herrn Landeswohnungsinспектор und Regierungsrats Dr. Kampffmeyer und anschließiger Aussprache der Meinung Ausdruck, daß die furchtbare Wohnungsnot unter der breiten Volksschichten leiden, nur dadurch beseitigt werden kann, daß das ganze Wohnungs- und Siedlungsweesen auf eine neue tragfähige Grundlage gestellt wird.

Vereinsanzeiger.

Karlsruhe. (Gesangverein „Gleichheit“.) Morgen Sonntag Tanzausflug nach Durlach ins „Lamm“. 4306

Die neuen Nachfüllpreise für MAGGI Würze:

Table with 4 columns: Flasche Nr. (0, 1, 2, 3) and nachgefüllt M. (-25, -50, -85, 1.75)

Advertisement for 'Wunder' medicine, mentioning 'offene Füsse, Krampfadern' and 'Jeder Raucher kann 1000 Mark'.

Advertisement for 'Jeder Raucher kann 1000 Mark' with details about the offer and contact information.

Advertisement for 'Volks-Buchhandlung der Sozialdem. Partei' in Karlsruhe, Adlerstrasse 16.

Advertisement for 'Reine Störungen' (no interruptions) in electrical and mechanical work.

Advertisement for 'Eugroslager bei Leopold Fiebig'.

Nach auswärts sofort gesucht
unter sehr günstigen Bedingungen
zum Aufbau von Siedelungen:

Bauhandwerker aller Art,
insbesondere
Zimmerleute, Maurer, Ziegeleiarbeiter, Schreiner,
Facharbeiter für Sägewerke, Brunnenbauer,
Schindelmacher, Bauschlosser, Bau-Hilfsarbeiter
außerdem
Stellmacher, Schmiede, Sattler, Schuhmacher,
Schneider, Fuhrleute 4389

nur zuverlässige Leute werden angenommen.
Ansiedlungsmöglichkeit ohne Baranzahlung.
Auskunft wird erteilt von 9 bis 6 Uhr
Hotel Rytthäuser, Karlsruhe, Kreuzstraße Nr. 19.

Siedelungsluftige

Landwirte, landwirtschaftl. Beamte
und landwirtschaftliche Arbeiter

nach auswärts sofort gesucht.

Ansiedlung ohne Bar-Anzahlung möglich.

Auskunft erteilt
Hotel Rytthäuser
Karlsruhe, Kreuzstraße Nr. 19

Reichswehr!
Freiwillige!

kommt zum
Garde-Kavallerie-Schützen-Korps
Garde-Kavallerie-Schützen-Division
Division Lettow-Vorbeck.

Hauptwerbestelle:
Durlach: Friedrichschule, Zimmer 16/17.

Militärpapiere mitbringen, Ungebiente (17 bis 35 Jahre) Leumundszeugnis, Elterliche Einverständnis, Fahrtausweis beim Bezirkskommando oder in Durlach beantragen. 8800

Prima Stoff-Rucksäcke
mit breiten Leder-Riemen eingetroffen
Kofferhaus
Geschwister Lämmle,
51 Kronenstr. 51.
Reparaturen in Klein-Lebendwaren werden angenommen. 4002

Mat. betr. Hygien-Artikel!
Berl. Sie Prosp. Nr. 28
Sanitätshaus Jugend,
4080
Magdeburg,
Al. Dieckhofferstraße Nr. 10.

Seidenweich
wird jedes **Damenhaar**
durch meine Kopfwäsche mit besten Teer- und Kamillenwaschmitteln. 3583

Geschäftszeit v. morg. Damenfrisiersalon **Rudolf Günther**
8 Uhr bis abends 7 Uhr Ecke Krieg- u. Rappurrerstraße.

Uhren-Reparaturen
werden pünktlich und billig unter Garantie angeführt.
Uhren werden angekauft.
J. Klaus :: Uhrmacher ::
Rappurrerstr. 20

Palast-Lichtspiele

Herrenstrasse 11

Samstag bis mit Dienstag!
Grosser Doppel-Spielplan.

Der neue Wiener Kunstfilm:
Die Schlange der Leidenschaft.

Drama in 4 Akten von Hugo Held.
Inszeniert von **Loise Kohn u. J. Fleck**
Dargestellt von ersten Wiener Künstlerinnen und Künstlern.

Bernd Aldor
der Liebling der Frauenwelt, in
Der Seelenverkäufer

Schauspiel in 4 Akten von Lupu Pick und F. Carlsen.
VI. Film der Bernd Aldor-Serie 1918/19.

Künstlerische Musik-Illustration
Leitung:
Kapellmeister **Freudig.**

Wir bringen nur Erstaufführungen.
Neu hergerichtete Entlüftungsanlage
Kassen-Eröffnung 1/3 Uhr. 4377
Anfangszeiten 8, 4, 5, 6, 7, 8 u. 9 Uhr.

ALA Chemfabrik & Frankfurt/M.

besten Schuh-Putz

Centralbüro: Bockenheimer-Ldstr. 18
Tel. Icarus 1761/62, Hansa 7978.

COLOSSEUM.
Gastspiel Platzheim
der Meister des Kölner Humors mit seiner erstklassigen Gesellschaft.
Täglich abends punkt 8 Uhr.
Der grösste Schlager der Spielzeit.

Neu! Die schwebende Jungfrau Neu!
Schwank in 3 Akten von Bach u. Arnold.
Vorverkauf täglich von 11-1 Uhr vormittags an der Colosseumskasse. 4375

Möbel-Transporte
mit und ohne Umladung
:: nach allen Plätzen ::

Spedition und Lagerung
von Einzelgütern und ganzer Einrichtungen

Verpackung, Transportversicherung
Dreschmaschinen-Betrieb

Speditionsgeschäft Harbrecht
= G. m. b. H. =
vorm. Carl Drexler

Rastatt, Karlsruherstraße 1
Telephon No. 505. 4381

Schloss Ruppurr. Telefon 3475.

Schönster Ausflugsort in nächster Umgebung.
Bekannt gute Bewirtung. — Saal — Veranda.
Schöner schattig. Garten in staubreifer Lage.
Den verehrlichen Vereinen bringe ich mein Lokal im empfehlende Erinnerung. 4383

Sommerfeste, Tausausflüge, Familienfeste u. s. w.
Bes.: M. Hain.

Grosse Auswahl in Schuhbedarfs-Artikeln
aller Art.

Für Schuster und Heimschusterei
stets Eingang von Neuheiten in praktischen Schusterwerkzeugen, Gummiwaren, wie Gummilabsätze, Sohlen und Platten, Gummisauger und Gummischlische, Bürstenwaren, Leisten. 4380

Schuhmacher und Wiederverkäufer erhalten Rabatt.

A. Eisner, Karlsruhe i. B.
grösstes Spezialgeschäft am Platze.
Verkaufsstellen: Kaiserstr. 23, nahe Durlacher Tor, Kaiserstr. 70, nahe Marktplatz, Büro, Engroslager u. Versand: Zähringerstr. 50.

Ein Schlüssel zur Geisterwelt! Soeben erschienen!
Memoiren einer Spiritistin Wahres u. Selbst- Erlebtes v. L. Henschel

Ein neues, Aufsehen erregendes Buch über die Rätsel des Jenseits, voll von Aufschlüssen für Wahrheitssucher und alle, die Trost in der „andern Welt“ suchen (z. B. Hellschen, Wahrträume, Visionen, mediales Schreiben, Tasten usw.). Geg. Einsendg. von M. 2.80 od. Nachn. durch **Prana-Verlag, Abt. 312, Berlin NW 87.**

Dr. Wirz, Facharzt
Karlsruhe, Georg Friedrichstr. 2.

Eigene Fachheilmethoden für Frauenleiden, Weissfluss, starker Regel, Vorfall, von Nieren-Harnleiden (ohne Spritz- und Schmierkur), Kropf, Gicht, Beinleiden, Ohrläusen, Bettlägen, Hämorrhoiden. — Broschüren: „Nervenschwäche“, „Augendiagnose“, „Selbstarzt“ à M. 2. 807

Neu! Die Nachtzeit! Neu!

Stuntforten. Für den Handel freigegeben. Ca. 50 verschiedene entzündende Sujets. 20 Stück M. 3.50; 100 Stück M. 10.— franco Nachn. Aufsehen erregende Naturaufnahmen! 20 Stück M. 7.—; 100 Stück M. 30.— franco Nachnahme. 3583

2 mal befolgt! 1001 Bilde! Bisher 700 000 nahmt gewesen! 1001 Bilde! Bisher 700 000 nahmt gewesen! 1001 Bilde! Bisher 700 000 nahmt gewesen!

In 10 Bänden zusammengefasst M. 3.80; 100 Stück M. 20.—. Wiederverkaufser bedeutend bill. Breite Müller & Winter, Ab. eig. T. 1, Leipz. 119, Arndtstr. 66

LUXEUM Lichtspiele

Kaiserstr. 168. Telefon 3985

Samstag bis Dienstag
der hervorragende Spielplan mit
Maria Fein
in ihrem neuesten Filmwerk
Die Feste des Fürsten von Ferrara

Die Liebes- und Leidensgeschichte einer Frau in vier Akten.
Hauptdarsteller: **Maria Fein** und **Walter Schmidhäsler.**
Ein Filmwerk von seltener Pracht und spannender Handlung.

Bisher von der Zensur verboten,
jetzt freigegeben: 4364

Malörchen Nr. 8
Reizendes Lustspiel in vier Akten mit der unvergesslichen Künstlerin
Dorrit Weixler.

Künstler-Kapelle.

Letzte Vorstellung abends von 9-11 Uhr.

Stadtgarten.

Samstag, den 21. Juni, abends 7 1/2-11 Uhr
Vollstämmliche Musik-Aufführungen
des Orchester-Vereins Karlsruhe. 4380
Leitung: Herr Kapellmeister Karl Krohne.
Ohne Musikzuschlag.

Stadtgarten.

Samstag, den 22. Juni 1919, nachmittags
von 1/2 4 bis 7 Uhr
vom Orchester-Verein Karlsruhe
Leitung: Kapellmeister Karl Krohne.
Eintrittspreise wie bekannt, zuzüglich 5% Lustbarkeitssteuer.
Von 1/2 12-1/2 1 Uhr
Mittags-Konzert
Bei schlechtem Wetter findet das Nachmittags-
Konzert in der Festhalle statt. 4381

Munzsches Konservatorium
Schlussprüfungen
im Eintrachtsaal.

Samstag, den 21. Juni, nachmittags 4 Uhr, An-
fangs-u. untere Mittelklasse (Solospiel, Harmonie-
Musik).
Samstag, den 21. Juni, abends 8 Uhr, Ober-
klassen (Klavierkonzerte mit Orchester, Solo-
gesang und Solospiel).
Montag, den 23. Juni, nachmittags 4 Uhr, untere
Mittelklassen (Solo- und Orchesterspiel).
Montag, den 23. Juni abends 8 Uhr, Oberklassen
Kammermusik, Solospiel und Sologesang).
Mittwoch, den 25. Juni, nachmittags 4 Uhr, An-
fangs- u. unt. Mittelklassen (Solospiel u. Kinder-
chöre).
Mittwoch, den 25. Juni, abends 8 Uhr, Ober-
klassen (Klavier-Violin-Konzerte mit Orchester,
Sologesang und Solospiel).
Samstag, den 28. Juni, nachmittags 4 Uhr, untere
Mittelklassen (Solo- und Orchesterspiel).
Samstag, den 28. Juni, abends 8 Uhr, Ober-
klassen (Kammermusik, Solospiel u. Sologesang,
Bachkonzert für 2 Violinen mit Orchester).
Dienstag, den 1. Juli, nachmittags 4 Uhr, obere
Mittelklassen (Solospiel).
Dienstag, den 1. Juli, abends 8 Uhr, Figaro I. u.
II. Akt, Konzert-Aufführung mit Seccorecitativen.

Tageskarten (mittags u. abends gültig) zu Mk. 1.-,
reservierte Plätze zu Mk. 1.50. 4376
Dauerkarten (für alle 10 Aufführungen gültig) zu
Mk. 3.- und Mk. 5.- in den hiesigen Musikalien-
handlungen und am Saaleingang.

Badisches Landestheater.

Samstag, den 21. Juni 1919. 4392
Samstagsmiete Nr. 35.

Der Barbier von Sevilla.
Komische Oper in drei Akten. Musik von Rossini.
Anfang 7 Uhr. Ende gegen 1/2 10 Uhr.

Sonntag, den 22. Juni 1919.

Die Meistersinger von Nürnberg
Oper in drei Akten von Richard Wagner.
Anfang 5 Uhr. Ende gegen 10 Uhr.

Städtisches Konzerthaus.

Samstag, den 21. Juni 1919. 4394

Künstlerblut.
Operette in einem Vorspiel und zwei Akten
von Leo Stein u. Karl Lindau. Musik v. Edmund Eysler.
Anfang 1/2 8 Uhr. Ende 1/2 11 Uhr.

Sonntag, den 22. Juni 1919.

Künstlerblut.
Operette in einem Vorspiel und zwei Akten
von Leo Stein u. Karl Lindau. Musik v. Edmund Eysler.
Anfang 7 Uhr. Ende 10 Uhr.

Spielplan vom 22. bis 28. Juni.

Im Landestheater: Sonnt. 22. (So. 1.) „Die
Meistersinger von Nürnberg“, 5. — Mont. 23. (außer
Miete) zu Einheitspreisen: „Wilhelm Tell“, 6 (M. 2.20).
Dienst. 24. (Mo. 36.) „Cavalleria rusticana“, 7.
„Der Bajazzo“, 7. — Mittw. 25. (8. Schülermiete-Vorstel-
lung) „Iphigenie auf Tauris“, 7. — Donnerst. 26.
(Do. 36.) „Wilhelm Tell“, 6. — Freit. 27. (Fr. 36.)
„La Traviata“, 7. — Samst. 28. (Sa. 36.) „Hamlet“,
6. — Im Konzerthaus: Sonnt. 22. „Künstlerblut“, 7.
— Dienst. 24. „Wo die Herde jungt“, 7. — Mittw. 25.
„Künstlerblut“, 7. — Donnerst. 26. „Das Dreimäderl-
haus“, 7. — Freit. 27. „Künstlerblut“, 7. — Samst. 28.
zum erkeunmal: „Möcklein auf der Heiden“, 7. — Sonnt.
29. nachm. 2. „Das Dreimäderlhaus“, abends 7. „Mö-
cklein auf der Heiden“. 4394

Arbeiter! Werbet für den Volksfreund.

Residenz-Theater.

Waldstrasse Schillersfrasse 22 Durlach
Grüner Hof Ettligen
Städt. Festhalle
Nur Sonntag.

Spielpläne Samstag bis Dienstag

Der mit Spannung erwartete, größte u.
aufsehenerregendste Film d. Gegenwart.
Neu! Prolongiert! Neu!



ALRAUNE

Nach dem Roman v. H. H. Evers
WELTFILM IN 6 ABTEILUNGEN
Die Geschichte eines seltsamen Wesens.
Keine Wiederholung der Legende.

Trotz Aufhebung der Zensur
hat der Regisseur anstößige Szenen, die bei der
Verfilmung des Romans von Hans Heinz Evers
zu erwarten waren, ausgemerzt.

Als Extra-Einlage nur an Werktagen
Leichtsinn u. Genie.
Tragödie in 4 Akten. — In der Hauptrolle
Friedrich Zelnick.

Musikalische Illustration durch die be-
kannste, erstklassige Künstlerkapelle.

Robin
Morris
Drama in 4 Akten
mit
Theodor
Loo

Harry wird
Film-
Schauspieler

Ja
so ein
Kino-
star.

Der
fremde
Fürst
Ein Drama der
Rassengegensätze
in einem Vorspiel
und 4 Akten von

Paul
Wegener.

Ein
reizendes
3 Akter-
Lustspiel.

Einlage:

2
weitere
Ein-
lagen.

Spurlos
ver-
schwunden
Detektivabenteuer in
3 Akten.

Die
gehorgte
Villa
Filmschwank
in 3 Akten.

2
weitere
Ein-
lagen.

Standesbuch-Auszüge
der Stadt Karlsruhe

Cheaufgebot. R. Gruber von Konstanz, Stadt-
baumeister in Freiburg, mit
Elisabeth Frein b. Teufel
von hier. Gust Schilling
von Kollmar Dreize. Väter
hier, mit Sofie Schilling
Ww. von Wilsbergingen. S.
Müllerer von Eubigheim.
Värobiener hier, mit Luise
Wachmann von Ailingen.
L. Bayer v. Ludwigsbaben.
Amt Stodach, Verl. v. hier,
mit Klara Schmidt Witwe
von hier. Alfred Dreiner
von Hohenleina, Schneider
hier mit Anna Dager von
Ruffheim. Kurt Böhmig von
Ersfeld, Kaufm. hier, mit
Frida Schwellke v. Nagold.
Todesfälle. Karl Ochs,
Zagl., alt 17 Jahre. Rud.
Weber, led., Schreibgehilfe,
alt 22 Jahre. Richard, alt
2 Monate 25 Tage, Vater
Franz Jöger, Stadttagl.

Vertreter(innen) f. hgg.
Frauenartifel oGeroris
gefuht. Kenntnisse nicht
erforderlich. Nur rebege-
wante Herren u. Damen
wollen sich melden. 4395Z
K. W. Aurich, Werteld-
dorf b. Helmigen, Sa.

Haus- und
Rüchenmädchen
zum sofortigen Eintritt bezu.
auf 1. Juli such 4368
Städt. Krankenhaus.

Achtung!
Umzüge mit Rollen und
Wägelwagen
werden durch Selbsthilfe
und geübten Leuten gut
und billig ausgeführt.
Näheres Adam Werle,
Scheffelstr. 42, vtr.

Caschenuhren
menn auch reparaturbedürftig,
werden stets angekauft
in Weintraubs 2818
An- u. Verkaufsgeschäft

Nähmaschinen-
Reparaturen
werden unter Garantie von
Fachmann sauber und billig
ausgeführt. komme auf
Wunsch ins Haus. Post-
Lure an J. Rieger,
Jollystr. 15. 4396

Blinden-Arbeit.
Haushaltungs- Wärfen
und Nakhhaar- Wärfen
empfeht Wilh. Voos,
Bittoriastr. 6.

Nettere Bettstatt,
mit Sprungfederrost, 2 ge-
deckte Gasherde mit Ge-
stell, versch. Gaslampen,
alles in sehr gutem Zustande
billig zu verkaufen. 4389
Kern, Leopoldstr. 19, 3. St.
Auch a. Sonntag anzusehen.

Ein Paar Kinderhalschne
Nr. 32, ein Gestrü u. Wäsche,
eine Rucksackmappe, ein zwei-
teileriger Saksenfall, ein
Kinderstuhl zu verkaufen.
Welker, Georg-Friedrich-
straße Nr. 1, 4 St. 4348

Pilo
Das Beste unter
den
Pumpen
unerreich

Zur Erwerbsgründung
6000 chemisch-technische Re-
zepte Nr. 10 — 1000 chemisch-
technische Rezepte Nr. 6. —
zusammen Nr. 15. — Reihe
Werke v. Chemikern I. Ranges
Geg. Nachn. I. Schwarz &
Comp., Verlagbuchhandlg.,
Berlin FA 14, Annenstr. 14.

Buch über Ehe
von Dr. Retau mit vielen
Abbildungen, statt 2.50
nur M. 1.50. 4393
Buchversand Elsner
Stettin 224, Schlossstr. 57 B.

Tuch-Abfälle,
Lumpen, Glasfen, Me-
talle, Papier, Tier- und
Menschenhaare kauf
Geyerstein,
Waldbornstraße 37,
Telefon 3481, 4110

Zu verkaufen:
Vollständiges Bett mit
Gaa-matrage.
1 Nachtstuhl mit Ein-
richtung.
Matragen jedes Maß, von
neuem und gedraugtem
Stoff. 4388
Alles neu aufgearbeitet.
Segauer, Tapezier,
Knaprechtstraße 18.

Fussball-Club
„Concordia“.

Sonntag, den 22. Juni 1919
nachmittags 1/2 4 Uhr

Sportplatz V. f. B.
gegenüber der
Telegraphen-Kaserne
Verbandsspiel
F. V. Grünwinkel I
F. C. Concordia I.
10 Uhr vorm. III. Mannsch.,
1/2 2 Uhr II. Mannsch.,
5 Uhr IV. Mannsch.



F. C. Frankonia
Karlsruhe.

Samstag den 21. Juni 1919
Spielerversammlung
im „Waldborn“, vollzähl.
Erscheinen erwünscht.
Sonntag den 22. Juni 1919
Verbandsspiel
in Beierthelm
F. C. Frankonia
I., II. u. III. Mannsch.
gegen 4386

Beierthelmer F.-V.
I., II. u. III. Mannsch.
Beginn der Spiele:
2, 1/2 4 bzw. 5 Uhr.

Abends nach dem Spiel
gemütliches Beisammen-
sein im „Burghof“.
Jeden Freitag von 6 Uhr
ab Training in Durlach.
Der Vorstand.

Kastenwagen
Heiner vierw. 1 m lg.,
52 cm breit, 43 cm tief, bill.
zu verkaufen 4390
Wiltgenstr. 28, II St., r.